

Presstext – Jens S. Dangschat

Stadtgesellschaften driften zunehmend auseinander: arm und wohlhabend, Alt und Jung, Migrationshintergrund und Alteingesessenen, Fridays for Future und Freiheit für Hubraum, Corona-Leugner und andere Verschwörungstheoretiker. Ein großer Teil dieser Gegensätze spiegelt sich auch im Raum wider – in Quartiere der Einen und der Anderen (Segregation), aber auch in der Nutzung des öffentlichen Raumes.

Wie sollen Kommunalpolitik und Stadtverwaltungen damit umgehen? Die erst- und meistgenannte Antwort in der Wohnungspolitik ist: Segregation vermeiden. Ja, schon, aber wie? Wer mit wem und wie viele von was? Und: Wollen die Menschen das überhaupt, denn diese Strategie wird vor allem in den „Problemgebieten“ angewandt? Im Alltag suchen wir Menschen gerne eher „Gleichgesinnte“, weil es entspannter ist und nicht verunsichert. Warum also Nebenan mit Menschen leben, die ich nicht leiden kann, die mich verunsichern, die sich nicht so verhalten, wie ich es gerne hätte? Zudem: Einmal im Erstbezug eine „Mischung“ kreiert bedeutet nicht, dass es so bleibt, denn gerade die Mittelschichten entziehen sich rasch der Aufgabe, vor Ort Integrationsarbeit zu leisten.

Städte müssen also einen anderen Weg beschreiten:

- Vielfalt im Rahmen gesetzlicher Bandbreite akzeptieren und selbstbewusst verkörpern.
- Spielräume definieren, in denen der Abstand zu den „Anderen“ gelebt werden kann.
- Den Vorteil von Städten nutzen, dass man sich nicht immer und zu jeder Frage mit den zahlreichen „Anderen“ auseinandersetzen zu müssen („partielle und anlassbezogene Integration“).
- Dazu nicht nur Fenster und Türen, Nischen, Tribünen und Arenen schaffen, sondern auch sich trauen, Zäune und Mauern zu errichten, denn man muss sich auch aus dem Weg gehen dürfen.

Soziale Architektur ist aber keine gebaute Maßnahme, sondern eine Haltung zu angemessener Vernetzung sozialer Gruppen im städtischen Gefüge.